

„Soldaten für den Frieden“ zum Tag des Sieges an Duma-Abgeordnete in Moskau übergeben

Wolfgang Kroschel

Am 6. Mai traf eine Gruppe von 40 Touristen unter der Ägide der GBM, Arbeitskreis Kultur und Bildungsreisen, vorwiegend aus Vereinen im OKV in Moskau ein.

Reiseleiter Gisbert Graff hatte das Programm klug und mit viel organisatorischem Aufwand gestaltet.

So fand am Vorabend des Tages des Sieges ein freundschaftliches Treffen mit Abgeordneten der Staats- und der Moskauer Duma sowie mit Veteranen des Großen Vaterländischen Krieges statt. Von Gastgeberseite standen dafür der Stellvertreter des Vorsitzenden des ZK der Kommunistischen Partei der Russländischen Föderation, Waleri Raschkin, Fraktionsvorsitzender seiner Partei in der Staatsduma, und einige seiner Genossen zur Verfügung. Es entwickelte sich sofort eine emotionale, vor allem aus Interesse für die Entwicklung in Russland geprägte Diskussion. Die Abgeordneten erwiesen sich als fundierte Kenner der politischen und wirtschaftlichen Situation ihres Landes und räumten mit manchen falschen Bildern auf, die unablässige deutsche Propaganda auch unter gutwillige deutsche Haarwurzeln etabliert hatte. Meine Aufgabe als Dolmetscher für einen Moment verlassend, berichtete ich über die Aktion „Soldaten für den Frieden“, die 2014, kurz vor dem 70. Jahrestag der Befreiung Deutschlands vom Hitlerfaschismus, durch ISOR und den Verband zur Pflege der Traditionen der NVA und der GT der DDR ins Leben gerufen worden war und bei der 94 ehemalige führende Militärs der DDR sich in Sorge über die Erhaltung des Friedens und angesichts der massiven Hetze gegen Russland an die deutsche und internationale Öffentlichkeit wandten. In einer kurz vor unserer Reise fertig gestellten hundertseitigen Publikation äußern sich 24 dieser Militärs sowie nationale und internationale Persönlichkeiten zu diesem Aufruf, der einmalig in der deutschen Militärgeschichte ist. Deshalb war es gerade zu diesem Zeitpunkt ein wichtiger Augenblick, dass die russische Seite diese Publikation entgegennahm.

Für die Atmosphäre dieser Zusammenkunft sprach auch, dass uns die Gastgeber einluden, am Tag des Sieges im Block der Kommunisten an deren Demonstration teilzunehmen. So waren wir in einer feierlichen Stimmung im Marschblock spontane Gesprächspartner der Moskauer und besonders junger Menschen, die mit dem Begriff DDR vertraut waren und uns ihre Herzlichkeit, und das nicht nur am 9. Mai, spüren ließen.

Ein bezeichnendes Detail über die Demonstration der Moskauer sei erwähnt: Die Kommunisten lehnen es gegenwärtig ab, aus diesem Anlass über den Roten Platz zu ziehen. In einem Flugblatt begründen sie das damit, dass auch in diesem Jahr das Lenin-Mausoleum mit einem riesigen Leinwand-Aufsteller drapiert und damit der Sicht der Marschteilnehmer entzogen ist. Sie verweisen darauf, dass eben am Mausoleum vorbei die Truppen am 7. November 1941 direkt an die nahe Front marschierten und im Juni 1945 die Hoheitszeichen des faschistischen Deutschlands vor das Mausoleum geworfen wurden.

Es wird zur Aufgabe der jungen Teilnehmer des „unsterblichen Regiments“ gemacht, im Gedenken an ihre Väter und Großväter dafür zu sorgen, dass die Drapierung von Lenins Grabstätte künftig unterlassen wird.

Das ist eine, wenn auch nicht die herausragende Aufgabe, vor der die Kommunisten stehen. Sie haben viele Steine aus dem Weg zu räumen, die auf dem Weg zur breiten gesellschaftlichen Akzeptanz liegen. Aber das soll ja zwischen Rhein und Oder auch so sein. Wichtig für unsere Völker, und das haben wir 2017 genauso wie vor 1989 als Hauptaufgabe empfunden, ist die Bewahrung der menschlichen Zivilisation vor deren größter Katastrophe. Dieses Ziel muss alle Menschen vereinen, ob an der Moskwa, der Seine und der Spree und selbst am Hudson River.

Ergebnisse der Mitgliederbefragung zur Zukunft der ISOR

An der Befragung haben 94,8% der 15.771 Mitglieder teilgenommen und davon 98,0% gültige Stimmen abgegeben. Zwei Prozent der Mitglieder haben sich damit der Stimme enthalten. Die Frage, ob ISOR als bewährte Solidargemeinschaft den Kampf gegen soziale und politische Ausgrenzung und Diskriminierung fortsetzen soll, haben 9.912 Mitglieder mit Ja beantwortet. (66,2%) 4.792 Mitglieder (31,8%) haben mit Nein gestimmt. Damit haben sich fast genau 2/3 der Mitglieder für die weitere Existenz unserer Solidargemeinschaft und die Fortsetzung des Kampfes für die sozialen Rechte der ehemaligen Angehörigen der bewaffneten Organe und der Zollverwaltung der DDR ausgesprochen.

Aus der Arbeit des Vorstandes

Der Vorstand beschäftigte sich mit den inhaltlichen und organisatorischen Vorbereitungen der Vertreterversammlung am 15.06. 2017 und wertete die Ergebnisse der Mitgliederbefragung aus. Die Landesbeauftragten wurden gebeten, die sich für die Konsolidierung und ggf. Neustrukturierung von TIG ergebenden Aufgaben möglichst bis zum 30.09.2017 abzuschließen.

*

Horst Parton berichtete über ein Gespräch von Vertretern ostdeutscher Verbände mit dem Vorsitzenden der Fraktion DIE LINKE im Deutschen Bundestag, Dietmar Bartsch. Dabei wurde völlige Übereinstimmung im Kampf gegen Rentenungerechtigkeit und speziell die Straffrenten erzielt. In Fragen der Antikriegspolitik will die Linkspartei an ihren bisherigen Positionen festhalten.

*

Der Vorstand würdigte Leben und Werk des verstorbenen ehemaligen Verteidigungsministers der DDR, Armeegeneral a. D. Heinz Keßler und beschloss die Teilnahme an den Trauerfeierlichkeiten.

ISOR beim Weltfriedensrat

Unter dem Motto „Yes to peace! No to NATO!“ (Ja zu Frieden! Nein zur NATO!) fand am 29./30. April 2017 in Berlin ein Treffen der Europäischen Mitgliedsorganisationen des Weltfriedensrates statt, um über Aktionen gegen den NATO-Gipfel im Mai in Brüssel zu beraten. Die Reaktionen der Friedensaktivisten und die Ergebnisse der Beratungen, soweit veröffentlicht, sind inzwischen bekannt. Der Deutsche Friedensrat war beauftragt worden, dieses Treffen in Berlin vorzubereiten, weil aus der „Stadt des Friedens“, der Titel wurde durch den Friedensrat verliehen, heute wesentliche Aktivitäten zur zunehmenden militärischen Konfrontation und Kriegsgefahr ausgehen.

So war es logisch, dass im Anschluss diese Beratungen durch internationale Vertreter eine Aussprache mit Berliner Friedensaktivisten stattfand. Nach Ausführungen der Moderatorin der Berliner Friedenskoordination über Struktur, Aktivitäten und Probleme bei der Friedensarbeit hatte ich Gelegenheit, unseren Verein und seine Ziele vorzustellen. Dabei war die Verbindung unseres Kampfes gegen Diskriminierung, Kriminalisierung, für soziale Gerechtigkeit und unsere Verpflichtung zur Erhaltung des Friedens ein wesentlicher Aspekt. Im Zentrum meiner Ausführung standen der anlässlich des 70. Jahrestages der Befreiung vom Faschismus veröffentlichte Aufruf „Soldaten für den Frieden“ wie auch die im März 2017 erschiene friedenspolitische Dokumentation, deren Hauptträger zwar die Genossen der NVA und der Grenztruppen waren, die aber von allen

Mitgliedern mitgetragen wird, weil sie sich den gleichen Zielen und Verpflichtungen verbunden fühlen.

Die übergebene Publikation wurde von den internationalen Teilnehmern mit großem Interesse entgegengenommen.

Sie hoben die Notwendigkeit hervor, mit allen Friedenskräften zusammenzuarbeiten, einen langen Atem und große Ausdauer zu haben und bei Rückschlägen nicht aufzugeben.

Der Erfahrungsaustausch, fand seinen Höhepunkt in der Einschätzung des Sekretärs für Europa des Weltfriedensrates, der den hartnäckigen und vielseitigen Kampf der Berliner Friedensaktivisten würdigte. Besonders stellte er die Aktivitäten unseres Vereins heraus und die Rolle der bewaffneten Organe der DDR und ihrer Volksarmee, die als einzige Armee auf deutschem Boden nie einen Krieg geführt hat.

Da es im Weltfriedensrat eine Gruppe Militärs gibt, die sich in der Friedensbewegung engagieren, sollten wir die Kontakte weiter ausbauen.

Was mich besonders beeindruckte: Die Ausführungen des Vertreters der Türkischen Friedensbewegung die jetzt als terroristische Organisation verboten wurde. Die Freunde müssen mit Verfolgung und Haft rechnen und überlegen, wie sie ihren Kampf in anderer Form fortsetzen können.

Vielleicht sollten alle, die sich aus den verschiedensten Gründen nach unserer juristischen Niederlage mit Austrittsgedanken beschäftigen, darüber nachdenken, ob Aufgeben der richtige Weg ist.

Hans-Joachim Friedrich

Bei anderen gelesen

Ein Pazifist in Uniform

Am 2. Mai verstarb der Antifaschist, Friedenskämpfer und Kommunist Heinz Keßler im Alter von 97 Jahren in Berlin.

Auszüge aus einem Nachruf

Obgleich er die längste Zeit seines Lebens Uniform trug, war Heinz Keßler kein Militär. Er war Politiker. Einer der angenehmen Art – uneitel, verständnisvoll, aufgeschlossen, unorthodox. Obgleich er die Gabe hatte, selbst die Uhrzeit so anzusagen, als handele es sich um ein hochrangiges Kommuniqué. Wirklich Wichtiges vermochte er aber mit einer so beiläufigen Leichtigkeit mitzuteilen, dass man vom Glauben abfallen konnte. Ich entsinne mich einer Wählerversammlung Mitte der 80er Jahre in einem Bernauer Jugendklub. Es war die hohe Zeit des Kalten Krieges, atomar bestückte Kurz- und Mittelstreckenraketen auf beiden Seiten der Grenze waren in Stellung gebracht worden. Und da sagte der

Verteidigungsminister der DDR den ungeheuerlichen Satz: »Sollte die NVA in einem Ernstfall ausrücken müssen, hätte sie bereits ihren Klassenauftrag verwirkt – der lautet nämlich Frieden sichern und keineswegs Krieg führen!« (...)

Das soll er wirklich gesagt haben? Nie im Leben. Damit nimmt er uns doch jedes Verteidigungsmotiv, hieß der massive wie kollektive Einwand. Das fand ich nun überhaupt nicht, im Gegenteil: Diese klare Ansage stärkte doch die Bereitschaft, alles zu tun, dass der Frieden bleibt. Auf Clausewitz war so gehustet wie auf Cicero, von wegen »Wenn du Frieden willst, rüste zum Krieg«. Ende Mai 1987, vor nunmehr 30 Jahren, beschlossen in Berlin die Spitzen des Warschauer Vertrages erstmals eine Militärdoktrin, die – so erklärte die DDR-Führung dazu – »in völliger Übereinstimmung mit dem obersten Grundsatz der Politik unserer Partei und unseres Staates (steht), alles zu tun, dass niemals wieder Krieg, sondern immer nur Frieden von deutschem Boden ausgeht«. (...)

Keßler, der Maschinenschlosser aus Chemnitz, hatte »es« bereits mit 21 begriffen. Im Juni 1941 wurde er als MG-Schütze an der Grenze zur Sowjetunion stationiert, und als die Wehrmacht brachial ins Land einfiel und die Nazitruppen mordend und sengend vorwärts stürmten, trat er zur Roten Armee über. Dafür kam seine Mutter ins KZ Ravensbrück. 1943 gehörte Keßler zu den Mitbegründern des Nationalkomitees »Freies Deutschland«. In Krasnogorsk setzte er nicht nur seinen Namen unter das Manifest, sondern er kämpfte als Frontbeauftragter auch in vorderster Linie: Er wollte deutsche Soldaten vom Sterben abhalten. Mit der gleichen Leidenschaft engagierte er sich an der antifaschistischen Front in Deutschland nach 1945. Keßler ge-

hörte zu den Gründern der Freien Deutschen Jugend und rief nebenbei, als dessen Führungsmitglied, vor 70 Jahren deren Organ ins Leben: die Junge Welt.

Gegen seine Absicht, aber mit der gleichen Überzeugung, mit der er sich der Roten Armee angeschlossen hatte, zog er am 1. November 1950 wieder eine Uniform an. Er brachte es bis zum Armeegeneral und Verteidigungsminister. Doch blieb er im Grunde seines Herzens Pazifist. Und Raucher. Obwohl er wusste, dass Zigaretten die Gesundheit gefährden. Und trotzdem wurde er 97.

So ist das mit den Widersprüchen des Lebens. Man muss nur konsequent bleiben. Mach's gut, Genosse General. (...)

Frank Schumann, jW am 5. Mai 2017

Aus der Postmappe

Ausgehend von den Wahlprüfsteinen wandte sich die TIG Stralsund in einem Schreiben an den Vorsitzenden der SPD, Martin Schulz, um dessen Position zu Fragen des Renten(un)rechts zu erfahren. Sie schrieb u.a.:

1. Sie erklären, dass Sie sich für Gerechtigkeit, Demokratie und eine Gesellschaft einsetzen, in der man würdevoll und respektvoll miteinander umgeht und die der sozialen und politischen Diskriminierung keinen Raum gibt.

Wir stellen fest, dass man mit vielen ehemaligen DDR-Bürgern und deren Familien überhaupt nicht würdevoll umgeht, schon allein daraus resultierend, dass die DDR pauschal als Unrechtsstaat verunglimpft wird. Zugespitzt findet sich das im sogenannten Stasiunterlagengesetz wieder, das auch nach Auffassung renommierter Staatsrechtler weder gerecht noch rechtsstaatlich ist. Man fragt sich, wie lange noch ehemalige DDR-Bürger sich dafür



Hans Modrow sprach am 16. Mai in der TIG Stralsund vor Mitgliedern und Gästen zur internationalen Lage und Eindrücken aus den Besuchen in der VR China im vorigen Jahr.

Er spannte den Bogen vom Beitritt der DDR zur BRD bis zum heutigen eher desolaten Zustand der Linken in Europa. Dabei bekräftigte er die Notwendigkeit der wissenschaftlichen Aufarbeitung der Ereignisse um 1989 aus ostdeutscher Sicht und einer strategischen Orientierung der Partei „DIE LINKE“. In China spielt das Vertrauen in die Partei und Regierung und den Weg in

einen Sozialismus chinesischer Prägung eine große Rolle. Durch die Vielzahl persönlicher Kontakte und Gespräche Hans Modrows mit ausländischen Partei- und Staatsfunktionären aus der Zeit vor und nach 1989 war der Vortrag sehr konkret und außerordentlich interessant.

Anschließend wurde im Kreis der ISOR-Mitglieder die Befragung in der TIG Stralsund ausgewertet – die übergroße Mehrheit der Mitglieder hat sich für den Fortbestand der ISOR ausgesprochen.

Dieter Stefanowski

rechtfertigen müssen, dass sie als 18jährige ihren Wehrdienst im Wachregiment „Feliks Dzierzynski“ geleistet haben. Wem soll die Stasi-Unterlagenbehörde 27 Jahre nach Ende der DDR noch nützen.

Und in diesem Zusammenhang: Sollte das Rentenstrafrecht nicht endlich abgeschafft werden?

2. Der amerikanische Präsident Trump hat die Rüstungsausgaben der USA deutlich erhöht und fordert Gleiches von den NATO-Partnern. Dafür findet er offenbar auch Gehör in der Bundesrepublik.

Wir stehen ständig wachsenden Verteidigungsausgaben ablehnend gegenüber. Mehr Rüstung schafft keine Sicherheit und die gebetsmühlenartige Heraufbeschwörung der russischen Gefahr durch Politik und Presse dient nach unserer Auffassung nur der Kriegstreiberei. Wir meinen, dass wir Abrüstung und Zusammenarbeit zwischen den Staaten brauchen.

Darauf die wenig überraschende Antwort im Auszug:

Die Frage der Überleitung der Alterssicherungssysteme der DDR in das bundesdeutsche Rentenrecht war seit vielen Jahren in der politischen Diskussion und auch Gegenstand rechtlicher Auseinandersetzung bis hin zum Bundesverfassungsgericht.

Die Forderungen vieler ehemaliger Beschäftigter, denen durch die DDR Zusatzrenten zugesagt worden war, sind auch wiederholt im Deutschen Bundestag behandelt worden. Der Deutsche Bundestag hat sich damit auseinandergesetzt und ist zu dem Ergebnis gekommen, dass die jetzt geltenden gesetzlichen Regelungen verfassungskonform sind. Für die Übernahme des besonderen Steigerungssatzes in das lohn- und beitragsbezogene Rentenrecht des SGB VI gibt es keinen rechtlichen Anknüpfungspunkt.

Aus Sicht der SPD sollte nach Alternativen außerhalb des Rentenrechts gesucht werden, die geeignet sind, soziale Verwerfungen und

Härten, die infolge der Rentenüberleitung entstanden sind, abzumildern. Im Koalitionsvertrag dieser Wahlperiode konnte eine Konkretisierung des Rentenüberleitungsabschlussgesetzes in diesem Sinne nicht vereinbart werden. Die SPD hält jedoch eine Regelung für besondere Härten im Zusammenhang mit der Rentenüberleitung weiterhin für richtig. Dies wäre aber für die von Ihnen geschilderten Fälle nicht der Fall. Dahingehend wird Ihre politische Bewertung als Rentenstrafrecht von der SPD nicht geteilt.

Ihre Position in Sachen Verteidigungsausgaben teilen wir weitestgehend. Zwar ist ein leichtes Anheben des Wehretats zu Beseitigung der gravierendsten strukturellen Mängel bei der Bundeswehr, wie beispielsweise leere Ersatzteillager, als durchaus sinnvoll und denkbar zu erachten. Aufrüstungsforderungen in den Dimensionen, wie sie Herr Trump fordert, sind weder sinnvoll, noch realisierbar und fernab von unseren Vorstellungen von sozialdemokratischer Politik.

Den

Zwischenruf

zu diesem Briefwechsel hat Kurt Tucholsky bereits 1931 in seinem Artikel „Ein älterer, aber leicht besoffener Herr“, bezogen auf die SPD, im Voraus nachempfunden:

„Ich werde wahrscheinlich diese Partei wählen – es ist so ein beruhigendes Gefühl. Man tut was für die Revolution, aber man weiß ganz genau: mit dieser Partei kommt sie nicht.“

Impressum

Herausgeber: Vorstand der ISOR e.V.

Vorsitzender: Horst Parton

Redakteur: Wolfgang Kroschel, Telefon: (030) 29 78 43 19

V.i.S.d.P.: Prof. Dr. sc. jur. Horst Bischoff, c/o Geschäftsstelle der ISOR e.V.

ISOR aktuell dient der Information von Mitgliedern der ISOR e. V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden. Die Redaktion behält sich sinnwahrende Kürzungen vor. Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich.

Redaktionsschluss: 31.05.2017

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 28.06.2017

Einstellung im Internet: 07.07.2017

Auslieferung: 13.07.2017

Herstellung: Druckerei Bunter Hund, 10405 Berlin

Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Geschäftsführer: Wolfgang Schmidt – Tel.: (030) 29784316

Postanschrift: ISOR e.V., Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin

Tel.: (030)- 29784315 Sekretariat
29784317 AG Finanzen

Fax: (030)- 29784320

E-Mail: ISOR-Berlin@t-online.de

Redaktion: Isor-Redaktion@t-online.de

Internet: <http://www.isor-sozialverein.de>

Bankverbindung: Berliner Sparkasse
IBAN: DE 43 1005 0000 1713 0200 56

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:
Dienstag bis Donnerstag 9 bis 15 Uhr

Sprechstunden der AG Recht:

Jeden ersten und dritten Donnerstag 15 bis 17 Uhr
nach tel. Terminvereinbarung unter 030 29 78 43 15